

Joannes Varwick: Knapp im Landtag, Zeit für Selbstreflexion (06.09.2026)

Knapp drin ist auch drin. Nachdem das BSW bei der Bundestagswahl 2024 in Sachsen-Anhalt noch 11,2 Prozent der Zweistimmen hatte, kommt die Partei nun in ihrer Hochburg hauchdünn in den Landtag. Man mag einwenden, aus diesem überaus knappen Ergebnis sei keine steile These abzuleiten, weil es ebenso gut hätte schief gehen können. Denn das denkbar knappe Ergebnis ist kein Zufall, sondern aus meiner Sicht Resultat eines Wahlkampfes, der zu sehr auf Normalisierung der AfD, auf Populismus und zu wenig auf eigene Substanz setzte.

Das BSW hat im Wahlkampf alles getan, um sich als Alternative zu den etablierten Parteien zu positionieren und zu meinem Missfallen das fahrlässige Gerede von den „Altparteien“ von der AfD übernommen – und dabei eine Grenze überschritten, die offenkundig zu diesem knappen Ergebnis führte. Auf die Frage, ob die Zusammenarbeit mit der AfD nicht gerade die Rechtsextremen normalisiere, antwortete das BSW-Spitzenpersonal im Land: Die größere Gefahr liege im Fortbestehen der jetzigen Politik. Wer diese mittrage, der zerstöre die Demokratie. Damit, so zeigen auch Befragungen bei den tatsächlichen BSW-Wählern, fand sie in ihrer Wählerschaft durchaus Zustimmung. Das muss es jedoch nicht richtig machen, zumal womöglich andere und größere Wählergruppen mit einer anderen Strategie hätten überzeugt werden können – und das BSW damit jetzt im Landtag vertreten wäre.

Die wiederholten Signale in Richtung AfD, von der Bereitschaft zu „wechselnden Mehrheiten“ bis zur offenen Ankündigung, im dritten Wahlgang einen AfD-Ministerpräsidenten indirekt zu unterstützen, haben mich irritiert und abgeschreckt. Was als pragmatische Sachpolitik verkauft wurde, wirkte auf viele wie eine Anbiederung an das AfD-Wählerpotential. Für Wähler, die eine echte Alternative suchten – nicht nur eine andere Spielart des Protests –, war das zu wenig Abgrenzung. Das war auch einer der Hintergründe für den Streit mit dem Landesverband Thüringen und ihrem (ehemaligen) Spitzenpersonal, der zwar zur Unzeit kam, aber dennoch einen notwendigen Klärungsprozess einleiten könnte.

Noch schwerer wiegt jedoch der zweite Fehler: Der BSW-Wahlkampf setzte zu sehr auf einfache Parolen und zu wenig auf konkrete Lösungen für die Probleme im Land. Stattdessen dominierten große Gesten: Die Forderung nach einem „überparteilichen Ministerpräsidenten“, der mit wechselnden Mehrheiten regiert, klang im Wahlkampf nach frischem Wind – entpuppte sich aber bei näherer Betrachtung als vages Konstrukt ohne handfeste politische Substanz. Wer regieren will, muss konkrete Angebote machen, nicht nur allgemeine Kritik üben. Wer nur gegen etwas ist – gegen die Ukraine-Hilfen und Waffenlieferungen, gegen die etablierten Parteien, gegen den „Meinungskorridor“ –, aber kaum Konkretes anbietet, gewinnt keine Glaubwürdigkeit.

Es rächt sich drittens auch, dass viele im BSW (insbesondere in der Parteiführung) aus der alten Linken stammen und nicht wirklich bereit oder in der Lage waren, das BSW als ein politisch neues Projekt der Mitte zu verstehen, sondern als eine Art Linke 2.0. Eine solche braucht es nicht. Es braucht aber eine Partei, die konsequent gegen Krieg und Aufrüstung, für Diplomatie, wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit mit Eigenver-

antwortung und ein modernes Leistungsprinzip und Weltoffenheit eintritt, beim Thema Wokeness noch alle Tassen im Schrank hat und bei alledem Regierungsverantwortung nicht scheut und weder alles mies noch haltlose Versprechen macht.

Es war aus meiner Sicht ein vermeidbarer Fehler, die CDU als genauso gefährlich wie die AfD zu bezeichnen. Das ist sie nicht. Auch die daraus ableitbare BSW-Wahlkampfstrategie ging nicht wirklich auf. Das ist bedauerlich, denn das BSW hat gute Punkte, die so im populistischen Nirvana verpuffen. Vieles hängt nun von der Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion ab. Ein so knappes Ergebnis lässt Raum für Interpretationen in unterschiedliche Richtungen. Das erleichtert die notwendige Selbstkritik nicht. Die Partei muss zeigen, dass sie mehr kann als Populismus – dass sie konkrete Politik für die Menschen anbieten kann, nicht nur Parolen.

Das BSW steht nun vor der schwierigen Aufgabe, ihre Verantwortung im neuen Landtag von Sachsen-Anhalt wahrzunehmen. Da sie die Brandmauer aus nachvollziehbaren Gründen für gescheitert hält muss sie nun zeigen, wie eine handlungsfähige Regierung unter diesen Voraussetzungen gebildet werden kann. Das wird eine schwierige Aufgabe sein, die von den neu gewählten BSW-Abgeordneten Kompass und Haltung bedarf.

Das BSW ist eine junge Partei und inzwischen auf vielen Ebenen und in allen Teilen Deutschlands mit Parteigliederungen präsent. Das ist deutlich mehr, als andere Parteigründungen erreicht haben und darauf lässt sich aufbauen. Dazu bedarf es nun ernsthafter Programmarbeit und überzeugender Persönlichkeiten. Wir werden sehen, ob diese Bewährungsprobe in Sachsen-Anhalt bestanden wird. Davon hängt auch die künftige Relevanz im Bund ab.